

hme.

I einer allgemeinen
war es naturgemäß
direkten Verhand-
ungen, solange nicht
tischland in den Ge-
daß die Gesamt-
us aufgeworfenen
b viel zur Er-
tragen. Ob die
in Berlin oder von
rt werden, ist noch
des britischen
und jetzt wahr-
mehr, als Reichs-
e verfeßt werden
ngen teilzunehmen.
ches in Moskau
eibung hierüber ist
altung Frankreichs
es jedoch wahr-
den Franzosen be-
er englisch-deutschen
gehehen, nicht nur
sondern auch die
nd den französisch-
n, die Frage der
Vertrages durch
Gleichberechtigung
und die Rückkehr

Sanitätskolonnen,
Hilfsleistung her-
brannt.

verlegt.

28. Februar.

Sonnabend in St.
von 7 Mona-
he Mutter dieser
erleitet ins Kran-
rach in der Holz-
he wohnte, Feuer
bildete das
I ammenmeer.
reiten, brach aber
Körper zu sa-
er waren zurzeit

ist nicht nur eine
he Tat, denn die
ist deutschen Fra-
gegen die An-
de, wo jede
des deutschen
ugzeug weise
m bald ein ähn-
München folgen

ungunglich.

24. Februar.

he von Dornburg
n der Reichsbahn-
entkraftungen zu-
tzwagen getrieben
Wagens wur-

nister.

gericht.

28. Februar.

n u l t wird sich
t des Geine-
t zu verantwor-
t berichtigt, einen
auf Grund seiner
ssen und von
n erhalten. Die
erung Renaults,
handelte, seinen
n Schwurgericht

druck".

ann-Prozeß.

28. Februar.

effektivere
aus r a u o s e
lagte, sie könne
n Hauptmann-
d, daß das Ur-
ismaterial auf
ympathien für
der Gefanke,
einen Falle ge-
be bei einer
interlassen. Sie
renenbank habe

in USA.

28. Februar.

dkrum segte
O l l a b o n a,
it 90 Stunden-
e verbunden-
e die Straßen-
er Verkehr, das
Verbanden, der
deutend. Ver-
Einatmen

ne Prämie von
Erbauer eines
der es einem
Konstruktion
ationalen Ge-
000 Rito-
offenbarung
gibt bis zum

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

2. Jahrgang

Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Reichsstraße 14. Fernsprecher 2054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 M. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 M. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Textanzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 6, gültig vom 15. 2. 35).

Nummer 56

Dienstag, den 26. Februar 1935

Jahrgang 1935

„1935... Frieden mit Deutschland?“

Ein Gespräch mit dem
Comte de Vibraye.

Von unserem Pariser Korrespondenten.
R. H. Paris, 24. Februar.

Es ist Mittag. Die Straßen von Paris sind von jener eigenartigen Atmosphäre erfüllt, die den baldigen Frühling ankündigt. Vor dem Schaufenster einer großen Buchhandlung im lateinischen Viertel stehen zahllose Neugierige. Der rote Umschlag des erst vor kurzem erschienenen Buches des Grafen von Vibraye: „1935... Paix avec Allemagne?“ („Friede mit Deutschland?“) erregt allgemeine Aufmerksamkeit. Das Publikum diskutiert, nimmt zu der Frage Stellung: Dafür und dagegen. Einige Arbeiter kommen jetzt hinzu, die in der Nähe auf einem Neubau beschäftigt sind. Zwei von ihnen beteiligen sich jetzt an der recht lebhaften Unterhaltung. Es sind Frontkämpfer, die Verdun erlebt haben, drei Jahre lang, und dann in deutsche Gefangenschaft geraten sind. Es ist ihnen nicht leicht gegangen, jenseits des Rheines. Man hat sie anständig behandelt. Sogar, sie kennen die Deutschen, die beiden ehemaligen Vorgesetzten von Verdun. Warum sollte man sich nicht mit ihnen vertragen?

Die Umstehenden schweigen, sehen verlegen wieder auf die Buchauslagen, denn im Grunde haben die beiden biedereren Bauarbeiter Recht, und was die Zeitungen schreiben ist auch nicht immer wahr. Sie fühlen instinktiv, diese Leute aus dem Volk, daß die Lösung des deutsch-französischen Problems heute dringender als je ist...

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der Name des Grafen von Vibraye, der in den politischen und literarischen Salons der Seinestadt eine bedeutende Rolle spielt, auch in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit viel genannt wird. Regis de Vibraye, der sich von der Parteipolitik des Tages stets fern gehalten und weder der Rechten noch der Linken angehört, ist ein ausgezeichnete Kenner der deutschen Verhältnisse. Als Präsident des Cercle des Etudes franco allemandes unterhält er zu den politischen Kreisen der Reichshauptstadt sehr enge Beziehungen.

Sein neues Buch: „1935... Frieden mit Deutschland?“ erregt durch die scharfe Kritik der französischen Außenpolitik von Versailles bis zum Jahre 1934 großes Aufsehen. Er schreibt unter anderem, daß sämtliche französischen Regierungen seit Locarno nicht den Mut gehabt hätten, sich ehrlich mit Deutschland zu veröhnen, obwohl eine deutsch-französische Verständigung aus reinen Vernunftgründen schon seit langem wünschenswert gewesen wäre. Der Quai d'Orsay habe vergessen, daß der Feind von gestern der Bundesgenosse von morgen werden müsse. Nur bei einer baldigen Verständigung könne Frankreich auch weiterhin die Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen, die es zur Zeit hat.

Der französische Leser kann nach der Lektüre dieses Buches die Frage des Titels nur mit Ja beantworten.

Der Verfasser ist Realpolitiker und reiner Verstandesmensch. Sein politisches Denken dürfte vielleicht am besten mit dem Ausdruck Logique sans Coeur (Logik ohne Herz) gekennzeichnet sein. Eine längere Unterredung verstärkt diesen Eindruck.

Graf Vibraye empfängt mich in seinem Arbeitszimmer in der Avenue Bosquet. Man schätzt ihn höchstens auf vierzig Jahre. Auffallend sind die frisch hellen Augen, die eine große geistige Beweglichkeit verraten. Liebenswürdig geleitet er mich zu einem Sessel, während er an dem riesigen Schreibtisch Platz nimmt. Er spricht langsam und vorsichtig, abwägend wie ein Diplomat. Ab und zu wirft er ein deutsches Wort in die Unterhaltung, um das Gesagte zu unterstreichen. In klaren, logisch aufgebauten Sätzen gibt dieser schlante mit sorgfamer Eleganz gekleidete Mann einen Überblick über die gesamte europäische Politik der Nachkriegszeit. Im Mittelpunkt steht natürlich das deutsch-französische Verhältnis.

„Wir Franzosen können nur das größte Interesse haben, uns mit Deutschland zu vertragen. Leider hat unsere Außenpolitik, von Locarno bis auf die Friedensreden des Führers, auf die deutschen Angebote einer wirklichen Verständigung nicht reagiert. Zum Teil liegt das an dem ewigen Mißtrauen Frankreichs, das sich eingestellt muß, daß die Friedensverträge für Deutschland manche Ungerechtigkeit enthalten. Es war ein großer Fehler der Siegerstaaten, das Nationalitätenprinzip, auf das Wilson in seinen 14 Punkten bekanntlich so großen Wert gelegt hat, nicht konsequent durchzuführen. Wir hätten sonst in Europa keine Remei- und Danksage.“

„Wie ich aus Ihrem Buch entnehme, unterziehen Sie die Friedensverträge einer scharfen Kritik?“

Es entsteht eine kleine Pause. Vibraye überlegt einige Augenblicke. Der Lärm der Straße dringt gedämpft, wie aus weiter Ferne zu uns hinauf. Man hört Fahren von Claironklängen. Die Militärschule ist nicht weit.

„Ja“, erwiderte Vibraye, „die Friedensverträge können augenblicklich nicht aus der Welt geschafft werden. Es ist jedoch ein großer Fehler unserer Regierungen, das Prinzip einer Revision von vornherein abzulehnen.“

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung ließ er durchblicken, daß der Quai d'Orsay die Bündnisse der Kleinen Entente überschätze. „Das Donauprobem kann nur mit einer wirklichen, ehrlichen Zusammenarbeit mit Deutschland gelöst werden. Ein Pakt nach dem Muster Barthous, an dem Deutschland nicht teil-

nehmen kann, ist nicht imstande, eine Befriedung Europas herbeizuführen. Es ist meiner Ansicht nach unmöglich, den europäischen Frieden ohne eine vorherige deutsch-französische Verständigung zu organisieren. Polen hat die Situation erkannt, indem es mit Deutschland direkt verhandelte und anschließend einen zehnjährigen Nichtangriffspakt abschloß. Diesen Sinn für Realpolitik vermißt man seit Versailles mit wenigen Ausnahmen bei der Politik des Quai d'Orsay, der nur bemüht ist mit allen Mitteln den europäischen Status quo zu erhalten.“

„Glauben Sie, daß die jetzigen diplomatischen Verhandlungen im Anschluß an die Londoner englisch-französische Erklärung vom 8. Februar zu einer deutsch-französischen Verständigung führen werden?“

(Fortsetzung 2. Seite.)

Der historische Augenblick.

Wie die Uebergabe der Saarverwaltung an die deutsche Regierung erfolgt.

Ab 1. März 0 Uhr wieder unter
deutscher Hoheit.

DNB Saarbrücken, 26. Februar.

Im Verordnungsblatt der Regierungskommission wird die Abrede zwischen der Saarregierung und der deutschen Regierung über die Ueberleitung der Verwaltung des Saargebietes veröffentlicht.

Die Verwaltung des Saarlandes geht am 1. März 1935 um 0 Uhr auf die deutsche Regierung über.

Die deutsche Regierung übernimmt mit dem 1. März 1935 alle Aktiven und Passiven der Regierungskommission des Saargebietes einschließlich aller Sonderfonds und aller Forderungen und Verpflichtungen. Die deutsche Regierung tritt mit dem 1. März in die von der Regierungskommission übernommenen Verträge ein.

Die Regierungskommission erklärt, daß es sich dabei um regelmäßige, im Rahmen einer wirtschaftlich zulässigen Verwaltung abgeschlossene Verträge handelt.

Die von den Gerichten des Saarlandes einschließlich der Verwaltungsgerichte ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen in Zivil-, Straf-, Verwaltungs- und Steuerfällen gelten als endgültig. Sie werden so behandelt, als wären sie rechtskräftige Entscheidungen deutscher Gerichte. Die von der Regierungskommission oder den Verwaltungsbehörden des Saarlandes im Verwaltungswege getroffenen Anordnungen entfallen. Rechte werden so aufrechterhalten und behandelt, als wären diese Anordnungen von deutschen Regierungen und Behörden getroffen.

Die einzelnen Verwaltungen des Saarlandes übergeben die Vermögenswerte an Ort und Stelle aufgrund von Sammelverzeichnissen. Die für die Bedürfnisse einer ordnungsmäßigen Verwaltung erforderlichen Akten werden gleichfalls übergeben. Die Regierungskommission übergibt der deutschen Regierung eine Sammelauflistung über alle Aktiven und Passiven einschließlich der Sonderfonds und aller Forderungen und Verpflichtungen, sowie in den einzelnen Verwaltungen ein Verzeichnis aller von ihr abgeschlossenen Verträge nach dem Stande vom 28. Februar 1935.

Diese Abrede wurde am 18. Februar 1935 in Neapel getroffen und für die deutsche Regierung vom Botschafter

von Hassell, Geheimrat Voigt, Ministerialrat Berger, für die Regierungskommission vom Präsidenten Knor unterzeichnet.

Die Feiern im Saargebiet.

Das amtliche Programm.

DNB Saarbrücken, 26. Februar.

Das amtliche Programm für die Rückgliederungsfeierlichkeiten der Saar liegt nunmehr vor. Es wird sich an den Feiern fast die gesamte höhere Führerschaft des Reiches, viele Minister, Reichsleiter und Gauleiter beteiligen.

Am 1. März um 9.30 Uhr wird die Rückgliederung des Saargebietes in geschlossenem Raum durch Baron Hosi und den Dreierauschuß des Rätebundes an Reichsminister Dr. Frick im Kreislandhaus zu Saarbrücken vollzogen.

Um 10.15 Uhr erfolgt die feierliche Flaggenhissung vor dem Gebäude der Regierungskommission, der sich der gleiche feierliche Akt auf der Bergwerksdirektion anschließen wird.

Um 11.15 Uhr wird Reichskommissar Gauleiter Bärzel durch den Reichsinnenminister Dr. Frick im Rathaus zu Saarbrücken feierlich eingeführt.

Um 13 Uhr ist Beginn des Völkermarsches.

19.45 Uhr wird die historische Wechsellrede zwischen dem Führer und dem Gauleiter Bärzel anlässlich der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in den Morgenstunden des 15. Januar wiederholt.

Um 20 Uhr beginnt die Befreiungsfeier. Die Feier wird auf dem Platz vor der Regierungskommission, die über alle deutschen Sender übertragen wird. Es werden sprechen der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, Reichsminister Dr. Goebbels und Reichskommissar Bärzel.

Anschließend an die Kundgebung findet in Saarbrücken ein Riesenseuerwerk statt, bei dem die Ufer der Saar illuminiert werden. In allen Ortsteilen mit Ausnahme von Saarbrücken finden Fackelzüge statt.

Am zweiten Tage werden die Führer der Bewegung eine Rundfahrt durch das Saargebiet antreten. Für den 2. März sind ferner eine Anzahl weiterer Feiern vorgesehen. In den Abendstunden wird in Saarbrücken der große Fackelzug veranstaltet.

An der Feldherrnhalle in München.

Als Auftakt der Feiern in München fand am Sonnabend an der Feldherrnhalle eine eindrucksvolle Feier zur Erinnerung an die Wiederkehr des Todestages Horst Wessels statt. In Anwesenheit zahlreicher hoher Vertreter der Parteiorganisationen legte Stellvertreter Gauleiter Rippold einen Kranz an dieser historischen Stätte nieder. Das Bild zeigt einen Überblick über diese Feier.



Tagesrundschau.

Die Volks-
abstimmung in
der Schweiz.

Mit einer Mehrheit von 78 000 Stimmen = 64 Prozent hat das Schweizer Volk am Sonntag die Wehrvorlage, in der es sich um die Verlängerung der Ausbildungszeit in den Rekrutenschulen handelt, entsprechend dem Beschluß des Parlamentes angenommen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten, die durch die Volksabstimmung die Inkraftsetzung des Gesetzes verhindern wollten, haben eine Niederlage erlitten, die weit größer geworden wäre, wenn nicht die wirtschaftliche Verärgerung, so wenig auch die Wirtschaftspolitik mit der Schulung der Rekruten zu tun hat, einen großen Teil der Wahlberechtigten, namentlich in den Kantonen mit vorwiegend kleinbäuerlicher Bevölkerung, verführt hätte, der Bundesregierung bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß man mit ihr unzufrieden ist. Die Verschiedenartigkeit der prozentualen Stimmverhältnisse in den Kantonen bestätigt das, und die Mehrheit der Ja-Stimmen in den größeren Städten, so in Zürich und Genf mit ihren sozialistischen Mehrheiten und in Basel beweist, daß aus dieser Abstimmung nicht ohne weiteres auf eine Zunahme der marxistischen Stimmen geschlossen werden darf, da doch dann wohl gerade in diesen Städten mit Arbeiterbevölkerung der offiziellen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiparolen gegen die Vorlage stärkere Folge geleistet worden wäre. Allerdings hatten auch schon die Abstimmung auf dem Zugerer Parteitag der Sozialdemokratie und der Wahlkampf selbst gezeigt, daß in der Sozialdemokratie Meinungsverschiedenheiten in dieser militärpolitischen Frage herrschten. Endlich ist es nicht das erste Mal, daß sich eine Abstimmung in der Schweiz benutzte wurde, um den „Magistraten“ zu zeigen, daß man ihnen großt. Ein in Vorbereitung befindliches Volksbegehren, das sich gegen die von der Regierung beabsichtigte Umstellung der Wirtschaftspolitik auf Deflation durch Senkung des Preises und Unkostenmehrs richtet und den Kampf gegen die Wille durch Kreditbeschränkung und Arbeitsbeschaffung geführt wissen will, dürfte im nächsten Absatz einer Voraustricht nach noch den Beweis verstärken, daß die Bauern sich von ihren protektionistischen Gefühlen gegen die Bundespolitik, also aus persönlichen Gründen, haben hinreißen lassen, eine von ihnen durchaus als notwendig erkannte Maßnahme zur Verteidigung des Staates abzulehnen.

Ein mageres
Ergebnis.

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg ist in Begleitung des Außenministers von Berger-Waldeneck von Paris nach London gefahren, um mit der britischen Regierung im gleichen Sinne Fühlung zu nehmen, wie er es in den Unterhaltungen mit den französischen Staatsmännern getan hat. Nur erwartet man in London, daß dort die Wiedereingliederung der Habsburger außerhalb des Gesprächs bleiben wird, nachdem die beiden österreichischen Minister in Paris feststellen mußten, daß in dieser Frage nichts zu machen sei. Was hat insgesamt der zwar durch zwei peinliche Zwischenfälle getrübt, sonst aber in den äußeren Formen freundschaftlich verlaufene Besuch in Paris ergeben? Auf diese Frage antwortet unser Pariser R. H. Korrespondent mit folgenden Ausführungen: Die Botschaften, die der österreichische Bundeskanzler, unterstützt von seinem Außenminister, mit den Mitgliedern der französischen Regierung führte, haben gezeigt, daß bis zu der Ausführung der römischen Beschlüsse vom 7. Januar noch zahlreiche Hindernisse zu überwinden sind. Das kurze amtliche, vorsichtig abgefaßte Schlusskommuniké begnügt sich inbezug auf den Donaupakt damit, allen interessierten Staaten die Abschließung dieses Sicherheitsystems zu empfehlen, mit dem verdeckten Hinweis, daß allen Verhandlungspartnern volle Gleichberechtigung zuerkannt werden müsse. Mit diesem Zusatz dürfte der Quai d'Orsay den Wünschen der österreichischen Regierungsmitglieder Rechnung getragen haben, die, wie wir erfahren, während der Verhandlungen immer wieder besonders darauf hingewiesen haben, daß Österreich in dem geplanten Pakt nicht als Objekt behandelt zu werden wünsche, sondern ebenso wie alle anderen beteiligten Staaten eine aktive Rolle spielen möchte. Im Mittelpunkt der Botschaft stand ferner der in Rom vorgeschlagene Nichteinmischungsvertrag, in dem sich bekanntlich die in Frage kommenden Mächte untereinander verpflichten sollen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Teilnehmerstaates hineinzumischen. Ueber die Interpretierung dieses Vertrages herrschen zwischen Österreich und den Staaten der Kleinen Entente entgegengesetzte Meinungen. Herr Schuschnigg, der aus seiner legitimen politischen Gesinnung nie ein Defizit gemacht hat, ließ in Paris durchblicken, daß die Habsburger Frage eigentlich eine innerpolitische österreichische Angelegenheit sei und der Widerstand der Kleinen Entente gegen eine Restauration im Grunde gegen den Nichteinmischungsvertrag verstanden werden würde. Die österreichischen Regierungsmitglieder verteidigten jedoch

wieder andererseits, daß zur Zeit die Habsburger-Frage nicht aktuell sei. Sie hätten sich aber der französischen Regierung verbindende Erklärungen abgegeben. In der amtlichen Verlautbarung wird dieses heisse Thema mit keinem Wort erwähnt, obwohl, wie in gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet und auch die Pariser Presse bestätigt, eingehend darüber verhandelt worden ist. Eine prinzipielle Einigung dürfte kaum zustande gekommen sein. Der österreichische Bundeskanzler wird sich damit zufriedengeben haben, daß er sich nicht gegen eine Rückkehr der Habsburger zu erklären brauchte. Man weiß in Wien nur zu genau, daß die drei Staaten der Kleinen Entente vorläufig noch mit Sicherheit in der Restaurationsfrage auf die Unterstützung Frankreichs rechnen können, dessen Interessen bekanntlich mit den eigenen eng verknüpft sind. Dagegen ist der Wunsch Schulschmuck nach einer Verstärkung des österreichischen Heeres bei der französischen Regierung auf mehr Verständnis gestoßen. Der verstorbene Außenminister Barthou soll der österreichischen Regierung, die im Sommer schon diesen Wunsch äußerte, Zusicherungen gegeben haben. Es ist anzunehmen, daß die Regierung Flaindin den gleichen Standpunkt einnimmt. Einen breiten Raum beanspruchten ferner die Besprechungen über die Garantien für die Ausführung der römischen Pläne. Bekanntlich haben sich nach den römischen Vereinbarungen vom 7. Januar die italienische und französische Regierung verpflichtet, falls die Unabhängigkeit Österreichs vor der Abschließung des eigentlichen Donaupaktes bedroht sei, sich über die zu treffenden Maßnahmen zu konsultieren. Diese Konsultation sollte auf die übrigen Staaten ausgedehnt werden. Die französische Regierung dürfte wohl kaum in der Lage

gewesen sein, die Maßnahmen, von denen in der Konsultationsklausel die Rede ist, genauer zu definieren. Falls der Quai d'Orsay den österreichischen Regierungsmitgliedern in dieser Frage schon Erklärungen abgegeben hat, so können diese nur provisorisch sein, da die anderen Mächte auch ein entscheidendes Wort mitzureden haben. In diesem Zusammenhang darf man vielleicht darauf hinweisen, daß zwischen Frankreich und Italien über die Ausführung der römischen Pläne entgegengesetzte Meinungen herrschen. Frankreich will diese „Maßnahmen“ im Rahmen des Völkervertrages ausführen, während Italien glaubt, auf Genf verzichten zu können. Im Rahmen der Donaupaktbesprechungen wurden die Rückfragen der Reichsregierung einer eingehenden Erörterung unterzogen. Schulschmuck nahm zu den einzelnen Punkten genau Stellung. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen ist nichts bekannt geworden. Das eine steht jedenfalls mit Sicherheit fest: Schwere wiegende Entscheidungen sind während des Pariser Aufenthaltes der österreichischen Regierungsmitglieder nicht gefällt worden. Es wurden sogar nicht einmal irgendwelche konkreten Vereinbarungen getroffen. Die französische Regierung begnügte sich damit, den österreichischen Standpunkt in der Donaupaktfrage kennen zu lernen. Ob man die österreichischen Wünsche, trotz der seitigen beruhigenden Formel der Gleichberechtigung, berücksichtigen kann, bleibt abzuwarten. Vielleicht steht man nach dem Londoner Besuch der österreichischen Regierungsmitglieder klarer. Vorläufig ist die Gesamtsituation noch sehr unübersichtlich, und Herr Schulschmuck dürfte wohl ohne Sorge die Reise nach London angetreten haben.

geanten Standpunkt einnimmt wie Barthou. Die Regierungen sollen sich jedoch klar machen, daß eine Atmosphäre des Feilschens über die Gleichberechtigung und Sicherheitsforderungen keineswegs eine deutsch-französische Verständigung und ehrliche Verständigung erleichtert. Und doch muß das deutsch-französische Problem einmal gelöst werden. Nicht eher wird das Mißtrauen, diese Angst vor einem Krieg, die noch vor kurzem wie ein Alibi auf Europa lastete, verschwinden. Ein Krieg ist sowohl für Frankreich als auch für Deutschland eine Katastrophe. Der Bolschewismus dürfte letzten Endes als endgültiger Sieger hervorgehen.

Es hat inzwischen zwölf geschlagen. Ich hätte noch viele Fragen zu stellen, aber es ist die Zeit des Dejeuners, jener heiligen Pariser Stunde, in der Kon-

ferenzen, Kammerstuhlungen, ja sogar politische Gespräche unterbrochen werden müssen.

Das Ergebnis der Unterhaltung lasse ich kurz nochmals zusammenfassen: Wir haben für eine Verständigung, die mit einer offenen deutsch-französischen Aussprache beginnen soll. Es ist das Resultat eines Regenerempels, in dem alles Gefühlsmäßige ausgeschaltet ist. Dieser nüchtern denkende Politiker und Weltmann ist für ein Couple Franco - Allemagne. Mit diesem Titel hat Jules Romains sein letztes Buchlein über Deutschland und Frankreich versehen. Aber liegt nicht zwischen diesen beiden Franzosen eine Welt?

Couple France - Allemagne! Für Regis de Vi-

Simons Reise nach Berlin.

Der englische Außenminister hofft, „in sehr kurzer Zeit Berlin zu besuchen“.

Erklärungen im Unterhaus

London, 25. Februar.

„Ich hoffe, in sehr kurzer Zeit Berlin zu besuchen“. So antwortete am Montag nachmittag im Unterhaus der englische Außenminister Sir John Simon auf eine Anfrage des Oppositionsführers Lansbury. Dieser fragte, ob Simon in der Lage sei, irgend eine Erklärung zu dem Vorschlag der deutschen Regierung abzugeben, daß ein direkter Meinungsaustrausch zwischen den beiden Regierungen als Folge der kürzlichen englisch-französischen Besprechungen in London stattfinden sollte.

Simon erwiderte: „Dawohl. Nach Entgegennahme des deutschen Vorschlages über diesen Gegenstand fragte die englische Regierung nach, ob sie richtigweise annehmen könne, daß der Zweck dieser Zusammenkunft dahin gehen würde, die Beratungen über alle in dem englisch-französischen Komunique erwähnten Angelegenheiten um einen Abschnitt weiter zu tragen. Ich habe eine Antwort von der deutschen Regierung erhalten, in der sie mit dieser Behauptung des Umfanges der vorgeschlagenen Zusammenkunft übereinstimmt und mich einlädt, zu diesem Zweck nach Berlin zu kommen. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß dies eine nützliche Anregung ist, und ich hoffe, binnen sehr kurzem Berlin zu besuchen. Der Zeitpunkt und die anderen Einzelheiten müssen noch verabredet werden. Die französische und die italienische Regierung haben dem vorgeschlagenen Gang des Verfahrens zugestimmt.“

Lansbury fragte hierauf: „Ist es beabsichtigt, Moskau oder irgend eine andere europäische Hauptstadt im Zusammenhang mit diesen geplanten Abmachungen zu besuchen?“

Simon erwiderte hierauf: „Diese Frage wird zur Zeit erwoogen.“

Sir John Simon wurde am Montag vom König im Buckinghampalast empfangen. Die Unterredung dauerte über eine halbe Stunde.

Die Aussichten eines „Zehnjahres-Friedens“.

DNB London, 25. Februar.

Im „Observer“ befaßt sich Garvin eingehend mit „Sir John Simons Mission“. Er führt u. a. aus, die nächste Frage sei nicht nur, ob Simon Berlin besuchen soll, sondern ob er, wenn er dies tut, seine Reise nach Moskau ausdehnen und Baruch auf dem Weg mitnehmen soll. In der letzten Woche sei es klar geworden, daß durch den kleinsten Plan allein kein genügender Zweck erreicht werden könne, und es sei ernstlich zu hoffen, daß die britische Regierung sich den größten Plan entschlüssele werde. Dies bedeutet für keinen Augenblick die Unterbrechung des Wertes freimittiger Unterhaltungen in der deutschen Hauptstadt zwischen dem Kaiser und dem britischen Staatssekretär der Äußeren, im Gegenteil: Dieser unmittelbare Austausch von Meinungen und Vorschlägen würde die wichtige und sogar unerwartete Rolle vorbereitung für jeden Plan der Stärkung der Koalition für einen bestimmten Zeitraum sein.

Der britische Staatssekretär des Auswärtigen könnte jetzt mit Vertrauen seine Reise unternehmen im Bewußtsein, daß eine Aussprache über die gesamte Lage Europas im Osten und im Westen zugestanden und erwünscht ist. Vorbehaltlos, so schreibt Garvin, beglückwünschen wir den Führer zu der entscheidenden Staatskunft, mit der der technische Schwierigkeiten und Verhandlungen befristet und den Weg freimacht hat. Er hat sich die erste Gelegenheit verschafft, um der gesamten Welt einen dauerhaften Dienst zu leisten, indem er die rehabilitierende Rolle wieder aufnahm, die einst deutscher Staatsmann seit Bismarck selbst mit demselben Gewicht und derselben Autorität zu spielen fähig war. Alle fähigen Beobachter seien, so fährt Garvin fort, immer mehr davon überzeugt, daß bei den bevorstehenden englisch-deutschen Besprechungen der große Plan des „Zehnjahres-Friedens“ an erster Stelle stehen müsse. Diesem Plan schenken Hitler in seinen Unterredungen mit Lord Lothian gütig gestimmt zu sein. Man brauche wegen eines Jahres mehr oder weniger im Vertrauen nicht kleinlich zu sein. Sieben Jahre würden fast ebenso gut genügen wie zehn, um große Erleichterungen zu schaffen und weitreichendere Hoffnungen auf wirtschaftliche Wohlfahrt und politische Verantwortung zu eröffnen.

„1935... Frieden mit Deutschland?“

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Ueber das schärz geschnittene Gesicht Wibranses huscht ein leichtes Lächeln. Er schenkt die Frage erwartet zu haben.

„Es ist unmöglich, über das Ergebnis der Verhandlungen heute schon eine Prognose zu stellen. Man kann einen gewissen Optimismus insinuiert haben, als Laual keinen so intrahit.“

Ein ganzes Rathaus ausgeplündert.

72 Zimmer und 100 Tische und Schränke erbrochen. - Die Wächter merkten nichts.

Budapest, 25. Februar.

In Miskolc war am Sonntag das Rathaus der Schauplatz eines verwegenen, kaum glaubhaften Einbruches. Als die städtischen Beamten am Montag zum Dienst kamen, mußten sie zu ihrer Ueberraschung feststellen, daß Einbrecher den Sonntag dazu benutzt hatten, um im Rathaus 72 Zimmer, 140 Schreibtische, 53 Schränke und Geldschränke zu erbrechen. Die Einbrecher haben einen großen Geldeinsatz und viele Akten mitgenommen. Sie durften sich 5 bis 6 Stunden im Gebäude aufhalten. Die beiden bewaffneten Heubanden der Nationalen Garde, die das Rathaus ständig bewachen, haben von den Einbrechern nichts bemerkt. Fingergabrische waren nicht zu finden. Trotz größtem Polizeiaufgebot fehlt bisher jede Spur von den tollkühnen Dieben.

Wie man das Kind in den Tod trieb.

Die Vorgänge am Abend der Untat.

Frankfurt a. M., 25. Februar.

Am Montag wurde im Hofe des Hofes die Angeklagte Minna Hoesfeld vernommen. Sie schilderte die Vorgänge vom 5. Dezember abends. Die Hilde sei am Tage vorher nicht im Geschäft gewesen. Die Eltern hätten sich darüber sehr geäußert. Im Verlauf der Unterhaltung der Eltern hätten sie geäußert, daß es am besten wäre, wenn die Hilde nicht leben würde. Ungelöst blieb in der Aussage der Minna, ob der Vater oder die Mutter zuerst davon sprach, daß die Hilde das Leben nehmen solle. Als die Hilde nun nach Hause gekommen sei, so sagte die Minna weiter, habe sie der Vater zur Rede gestellt. Zunächst habe Hilde keine Antwort gegeben, schließlich aber doch gesagt, daß sie zur Hülfe kommen wolle. Der Vater habe darauf wohlwollend mit der Hilde gesprochen. Der Vater habe die Hilde eingeladen, zu ihm zu kommen. Die Hilde habe sich entschlossen, das zu tun, was der Vater wollte. Wenn die Hilde totgefunden worden wäre, wenn die Hilde in der Wain ginge. Die Mutter habe der Hilde geraten, sich das Leben zu nehmen. Der Vater habe geäußert, daß die Hilde solle eine schriftliche Erklärung geben, daß sie freiwillig in den Tod gehe. Nach einer halben Stunde habe der Vater erneut auf die Unterhaltung des Schreibens gedrungen. Darauf wurde das Schriftstück selbst aufgelegt. Der Vater habe den Inhalt vorgelesen und die Mutter habe einige Einwände gemacht. Beide Eltern hätten sich dann um das Schreiben bekümmert und Hilde habe es ins Kissen gesteckt. Das Schriftstück habe gelautet: „Ich habe freiwillig aus dem Leben, weil ich meinen Eltern keinen Kummer mehr bereiten will, was ich schon 1934“.

Die Eltern, die während der Aussagen der Minna von der Verhandlung ausgeschlossen worden waren, wurden nun wieder in den Saal gerufen und ihnen die Aussagen ihres Kindes mitgeteilt. Der Verteidiger Hoesfelds überreichte dem Gericht einen Brief, in dem der Angeklagte sein Geständnis vom Sonntagabend zurücknimmt und bittet, in Abwesenheit seiner Frau und der Minna vernommen zu werden. Der Angeklagte der Hoesfeld erklärte er habe den ganzen Sonntag darüber nachgedacht und könne sich nicht vor Augen stellen, daß es das getan habe.

„Eine Volksabstimmung wäre nützlich.“

Paris, 25. Februar.

Das „Petit Journal“ bringt eine bemerkenswerte Erklärung des österreichischen Außenministers Bergr-Waldenegg, der zur Frage der Wiederherstellung der Monarchie in Österreich sagt, diese Frage werde in Österreich selbst gar nicht erörtert, sondern eigentlich nur im Ausland. Allerdings sei dazu

Ein zweiter „Zwischenfall“ bei Schulschmucks Besuch in Paris.

Scharfe Angriffe auf den französischen Innenminister.

Paris, 25. Februar.

Eine große Anzahl rechtsstehender Pariser Blätter richtet im Zusammenhang mit dem Pariser Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schulschmuck scharfe Angriffe gegen den französischen Innenminister.

Das „Echo de Paris“ stellt sich bei seinen Angriffen darauf, daß der österreichische Bundeskanzler angeblich gebeten worden sei, im Interesse seiner Sicherheit an einem am Sonntag morgen zu seinen Ehren veranstalteten Gottesdienst nicht teilzunehmen. Nachdem schon die heimliche Ankunft der österreichischen Gäste in Paris als ein schwerer Fehler der französischen Regierung bezeichnet werden mußte, fährt das Blatt fort, verhehle man nicht, wie sich der Innenminister nun ein zweites Mal unfähig zeigen könnte, die Sicherheit eines besuchten Regierungschefs zu gewährleisten.

„Ami du Peuple“ will wissen, daß tatsächlich gegen Schulschmuck ein Anschlag geplant gewesen sei. Die Polizei habe wenige Tage vor der Ankunft des österreichischen Bundeskanzlers aus sicherer Quelle erfahren, daß gewisse gefährliche Elemente in der französischen Hauptstadt eingetroffen seien, um Schulschmuck zu ermorden.

Erdbeben auf Kreta.

London, 25. Februar.

Wie aus Kandia auf Kreta gemeldet wird, wurden dort am Montagvormittag heftige Erdstöße verspürt, die etwa zwei Minuten dauerten und von unterirdischem Grollen begleitet waren. Eine größere Anzahl von Häusern wurde zerstört, mehrere schwer beschädigt. Auch sonst ist der Sachschaden erheblich.

Nach den vorliegenden Meldungen wurden bisher zehn Personen getötet und 50 verwundet. In Kandia wurde das Museum sehr schwer beschädigt. Zwei Wandgemälde mit antiken Szenen wurden völlig zerstört. Die berühmte Schlangengöttin wurde vernichtet. Die Ortschaft Balhia ist ein Trümmerhaufen. Der Schaden geht in die Millionen.

Schrecken der Landstraße.

Gleiwitz, 25. Februar.

Auf der Straße Plawonitz-Rudnik überfielen zwei Männer, die mit Pistolen bewaffnet waren, hinfertigend sieben Personen und plünderten sie aus. Zuerst liefen sie ein Fahrzeug der Ballistikverwaltung, das mit drei Personen besetzt war, an. Den Überfallenen nahmen sie 21 RM und ein paar hohe Schnürschuhe ab. Ein Räuber zog sofort die Pistole aus. Darauf zwangen die Räuber das Fahrzeug etwa 100 Meter in eine Wäldchen zu fahren. Dort bewachte ein Räuber die drei Opfer. Der andere ging wieder zur Landstraße, wo er zwei Radfahrer anhielt und sie zu dem Fahrzeug brachte. Hier wurden sie ausgeraubt und mußten dann auf dem Wagen Platz nehmen. Der Räuber begab sich nochmals auf die Landstraße und hielt wieder zwei Radfahrer an, von denen einer flüchtete. Der andere setzte sich auf den Kopf des Wagens, der auf dem Fahrzeug fuhr. Die Räuber flüchteten nun auf den geraubten Fahrrädern. Die Verletzung des Radfahrers ist lebensgefährlich.

Todessprung vom Funkturm.

Berlin, 25. Februar.

Am Montag gegen 18 Uhr stürzte sich ein junger Mann von dem Funkturm des Westfalenturmes in die Höhe. Er hatte seinen Hut und Mantel in der Garderobe, die sich unten befindet, abgegeben und ließ sich mit dem Funturhül auf der obersten Plattform des Funkturms nieder. Drei weitere Besucher der Plattform sahen plötzlich, daß sich an der entgegengesetzten Seite der Turm, der das 16 Meter hohe Geländer überlastet hatte, in die Tiefe stürzte. Infolge des Absturzes aus der Höhe von etwa 120 Metern blieb der Mann mit geschmetterten Gliedern liegen. Der Mann ist etwa 22 Jahre alt. Er hatte keine Papiere bei sich. In seinem grauen Hut befanden sich im Schweißkleeber die Buchstaben H. W. und die Firmenbezeichnung: „Karl Kaufe, Hildesheim“. Der Tote trug einen grauen Anzug und einen dunkelgrünen Mantel.

Henzer schlägt Caccarelli.

Berlin, 25. Februar.

Im Hauptkampf des Abends lieferten sich die beiden Halbbergschmittler Henzer und der Italiener Caccarelli das erwartete harte Gefecht. Es gelang jedoch Henzer nicht, den italienischen Einbruch seines Kampfes gegen den Regier-Giulio zu verhindern, denn der Weltdeutsche mußte sich einem knappen Punktsieg begnügen. Der Italiener, eine prächtige Athletenfigur, schien bedeutend schwerer zu sein als der 154 Pfund schwere Henzer. Bereits in der zweiten Runde mußte Caccarelli in Henzers Ecke bis 6 zu Boden, und auch die nächsten beiden Runden gingen klar an den Weltdeutschen, der aber später sein eigenes Tempo nicht ganz durchhielt, während der Italiener durch seine gute Ausdauer und seine leichten Schwingen Ausgleichsmöglichkeiten hatte. Bis zur achten und letzten Runde wogte der Kampf hin und her. Das Kampfergebnis sprach Henzer einen knappen Punktsieg zu.



Gen
Anbolte

Nummer 57

Beschlüsse

Das Reichsgericht
Sitzung zunächst die
vorgelegte Bekannt-
gen und Erklä-
gierung be-
hierbei um die
kommen von
Uebertragung des
Eisenbahnen usw.
Schulden- und Ver-

Weiter verabschiedet
Reichsjustizminister
ordnung, die d
ordnung befestigt
lichen Umgestaltu
unwürdiges Schuld
gleichverfahren fer
Gläubiger, sich an
vorteile zu verschaf

Angenommen von
gung der Geri
Waffengebrau
berechtigten je
Friedensaußerer,
Minderung
geleget, wodurch
für Personen-
durch eine Bevorzu
flüssigen Tre

Verabschiedet w
rung eines W
heftlicher antiker
und die beruflich
Angestellten geschä

Das Gesetz zur
den unläuter
auslegungen für
Schulden bei Un
rung des Han
besondere die B
Zulassung der Ueb

Das Gesetz zur
der Landwir
kassiert für die Zukun
Arbeitskräfte aus
der Landwirtschaft

Durch ein vom
Gesetz wird der L
auf das Reich
eine vermögensst
bringt, aber bereit
schaft zu einer P
Landesbergbehörden
terstellt, ist als d
anzulegen.

Durch ein Gesetz
den Dienst von
Konversionst
schuldig wird ein
Schuldenverteilung
die Devisengehege

Schließlich veran
je zur Ueber
durch das An
feuer, der Körper
gegründet werden,
überzuleiten.

Die abgefeind

Die neue Vergel
für deutsches Red
nationalsozial
läge. Sie erwar
seiner Verbindlich
wirksamer als bis
bindet Verträge ein
zu verschaffen, na
und stützt den Ein

Das Gesetz järe
jedem Vergel
gen (bisher 30
und führt diesen
bationsvergl
Zahlungsschuld
mahl der Minde
Schulden mit der
so nicht nur d
von Forderungen

Das Ges
dem bisherigen
mehr der Ein
mehrheit für

Und während
trages bedingte
ners zu überwach
gegen den Zugriff
eigenen Verfügun